

**ÖFFENTLICHER DIENST
MISSE**

6 % mindestens 200 €

SEIN

EINKOMMENSRUNDE 2018

dbb.de



© Friedhelm Windmüller (3)

Öffentlicher Dienst von Bund und Kommunen: Einkommensrunde: Arbeitgeber legen kein Angebot vor

Anfang Februar hat der dbb seine Forderungen für die Einkommensrunde 2018 im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen vorgelegt. Doch die Arbeitgeber, die selbst eine zügige Einigung angemahnt haben, legten in der ersten Verhandlungsrunde kein Angebot vor.

2

dbb

Rückblick: Am 8. Februar 2018 haben die dbb Gremien für die Beschäftigten sechs Prozent mehr Gehalt gefordert, bei einer Mindesterrhöhung von 200 Euro als sozialer Komponente. Auszubildende sollen 100 Euro mehr bekommen (vollständiger Forderungskatalog: siehe Kasten).

„Wenn die Arbeitgeber den öffentlichen Dienst nicht vor die Wand fahren wollen, können sie unsere Forderung eigentlich direkt unterschreiben“, erklärte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach dazu vor Medienvertretern in Berlin. „Bund und Kommunen sollten in dieser Einkommensrunde ein Zeichen für eine wirklich nachhaltige Personalpolitik setzen.“ Nur so könne man die Attraktivität und die Nachwuchsgewinnung für den öffentlichen Dienst sichern. „Das ist dringend nötig, denn 60 Prozent der Kolleginnen und Kollegen sind schon heute älter als 45 Jahre. Aktuell fehlen zudem bereits über 200 000 Beschäftigte“, so Silberbach.

„Um den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen, brauchen wir auch dringend eine

überdurchschnittliche Erhöhung der Auszubildendenvergütung und eine verbindliche Übernahmezusage nach der Ausbildung“, ergänzte Volker Geyer, dbb Fachvorstand Tarifpolitik. Auch die Höhe des geforderten Mindestbetrages sei folgerichtig. „Für eine Pflegehelferin oder einen Straßenwärter mit nur knapp über 2 000 Euro brutto sind 200

Euro eine echte Hausnummer. Das ist angemessen, motivierend und außerdem auch volkswirtschaftlich gut für die Binnennachfrage.“

■ Deutschland geht es wirtschaftlich sehr gut

Doch die Arbeitgeber mauern: Bereits im Vorfeld der Verhandlungen hatten sowohl

Bundesinnenminister Thomas de Maizière als auch der Präsident der Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA), Thomas Böhle, die Forderungen als überzogen zurückgewiesen und schon fast traditionell auf die leeren öffentlichen Kassen insbesondere der Kommunen verwiesen. Entsprechend legten sie bei der ersten Verhandlungs-

> Die Forderungen im Detail:

- > Lineare Entgelterhöhung von sechs Prozent, mindestens jedoch 200 Euro
- > Laufzeit: zwölf Monate
- > Azubis: 100 Euro Entgelterhöhung; Verbindliche Zusagen zur Übernahme; Tarifierung einer Auszubildendenvergütung für betrieblich-schulische Ausbildungsgänge
- > 20 Prozent Nachtarbeitszuschlag auch im Besonderen Teil Krankenhäuser

Weiterhin will der dbb:

- > Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des linearen Abschlusses auf die Bundesbeamten
- > Angleichung der Jahressonderzahlung im Tarifgebiet Ost an das Tarifgebiet West der VKA
- > Erhöhung des Wechselschicht- und Schichturlaubs
- > 20 Prozent Zuschlag für Samstagsarbeit auch im Besonderen Teil Krankenhäuser

- > Einrechnung der Pausen in die Arbeitszeit bei Wechselschichtarbeit auch in den Besonderen Teilen Krankenhäuser und Pflege- und Betreuungseinrichtungen

- > Zusage, auf regionaler Ebene über ein kostenloses landesweites Nahverkehrsticket zu verhandeln

- > Erhöhung des Urlaubs für Auszubildende um einen Tag
- > Verbesserung der Regelungen zur Kostenübernahme des Auszubildenden beim Besuch auswärtiger Berufsschulen
- > Verhandlungszusage über Erweiterungen der Regelungen für leistungsgeminderte Beschäftigte
- > Fortschreibung der Regelungen zur Altersteilzeit

ÖFFENTLICHER DIENST
MISS
6 % mindestens 200 €
SEIN
EINKOMMENSRUNDE 2018

dbb.de



> Volker Geyer diskutierte im Vorfeld der Forderungsfindung mit Beschäftigten über deren Erwartungen an die Einkommensrunde.

runde am 26. Februar 2018 kein Angebot vor.

Das Argument des fehlenden Geldes ließ der dbb Chef aber nicht gelten. Im vergangenen Jahr seien die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden um 4,1 Prozent gestiegen und damit doppelt so stark wie die Wirtschaftsleistung in Deutschland. „Allein die Kommunen haben im vergangenen Jahr bei den Steuereinnahmen einen Überschuss von 9,8 Milliarden Euro erwirtschaftet. Geld ist also genug da, um die Beschäftigten fair und wettbewerbsfähig zu bezahlen. Es ist eine Frage der Prioritätensetzung“, erklärte Silberbach.

Der dbb Fachvorstand Tarifpolitik, Volker Geyer, wollte die Finanzprobleme in einzelnen

Kommunen ebenfalls nicht als Argument akzeptieren. Vielmehr müssten die Verantwortlichen dort ein Eigeninteresse an nachhaltig steigenden Einkommen der Beschäftigten haben: „Vor allem bei Fach- und IT-Kräften sind viele Gemeinden doch heute schon nicht mehr konkurrenzfähig mit der Privatwirtschaft. Um ihre Finanzen zu sanieren, sollten die Kommunen stärkeren Druck auf die Länder und den Bund ausüben. Von dort sollten mehr Gelder für Entschuldung und Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden.“

■ Silberbach: Druck aufbauen!

Das Ausbleiben eines Arbeitgeberangebotes deutet auf schwierige Verhandlungen hin. Nach den Erfahrungen auf den

dbb Branchentagen im Vorfeld der Einkommensrunde war sich Geyer jedoch bereits sicher: „Die Kolleginnen und Kollegen haben uns in den Diskussionen in den vergangenen Wochen klar signalisiert, dass sie von den Arbeitgebern und Dienstherrn ein Signal der Anerkennung erwarten. Ob in Bundesministerien und -behörden oder kommunalen Einrichtungen wie Kitas und Bürgerämtern, ob Tarifbeschäftigte oder Beamte: Überall haben wir große Entschlossenheit gespürt, die berechtigten Forderungen des öffentlichen Dienstes durchsetzen zu wollen.“

In den anstehenden Tarifverhandlungen sieht Geyer auch die Bevölkerung auf der Seite der Beschäftigten. „Die Menschen im Land spüren es genau: Die Steuereinnahmen schnellen immer höher, gleichzeitig verfällt die Infrastruktur – weil Ingenieure fehlen, um die Mittel auch einzusetzen. Die Warteschlangen auf den Ämtern werden länger – weil Nachwuchs- und Fachkräfte fehlen, um freie Stellen zu besetzen. Die Bürger haben es einfach satt, dass die öffentliche Daseinsfürsorge kaputtgespart wird“, so Geyer.

Auch der dbb Bundesvorsitzende fand deutliche Worte zum Verhalten von Bund und Kommunen: „Die Arbeitgeber haben die erste Chance vertan,

„Eine Sache der Fairness und Wettbewerbsfähigkeit ist die zeit- und inhaltsgeleichte Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten und Versorgungsempfänger des Bundes. Es ist gut und richtig, dass die Großkoalitionäre bereits erklärt haben, das Verhandlungsergebnis 1:1 auf die Beamten übertragen zu wollen. Wir werden die Bundesregierung hier beim Wort nehmen.“

dbb Chef Ulrich Silberbach

zünftig in konkrete Verhandlungen einzutreten. Jetzt haben wir nur noch zwei Verhandlungsrunden. Das wird ein hartes Stück Arbeit. Ich denke, wir müssen schon vor der nächsten Verhandlungsrunde Druck aufbauen und die Kolleginnen und Kollegen zu Protestaktionen auf die Straße rufen.“

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030. 4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger (leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für: Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt
Sachsen: Beatrice Hala
Sachsen-Anhalt: Silke Grothe
Thüringen: Birgit Christina Drischmann

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titelfoto: © dbb

Verlag: dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712, Preisliste 21, gültig ab 1.10.2017

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern



> Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach bei den Verhandlungen in Potsdam.

Kommentar von Dietmar Knecht:

Sachverstand nicht länger ignorieren!

„Immer mehr kranke Lehrer“ ... „Streit über 150 Polizistenstellen“ ... „Datenbasis in Gefängnissen zu dünn“ ... „Jeder Polizist ist im Jahr 37 Tage krank“ ... „Überlange Gerichtsverfahren“ ... „Zwei Drittel der Lehrer sind über 50“ ... „Retter halten Hilfsfrist in keinem Kreis ein“ ... „Lehrer arbeiten zu lange“ ... Angesichts dieser Schlagzeilen der letzten Tage und Wochen fordert der dbb mecklenburg-vorpommern von der Politik, endlich auf die Warnungen der Gewerkschaften zu hören.



© Jan Brenner

> Dietmar Knecht

Vor den besonders für die Bürgerinnen und Bürger negativen Folgen der Personalpolitik im öffentlichen Dienst haben wir rechtzeitig und umfassend gewarnt. Die Landespolitik hat diese Warnungen allzu oft belächelt und (noch schlimmer) ignoriert.

Formulierungen wie „Der dbb soll mal nicht alles so schwarzsehen“ aus dem Beteiligungsgespräch zu den Hilfsfristen für Rettungseinsätze sind uns noch in guter Erinnerung geblieben. Dass aus puren Kostenerwägungen so fahrlässig mit der Gesundheit der Menschen in unserem Bundesland verfahren wird, war für uns zuvor unvorstellbar. Eigentlich wären mit Blick auf den ständig steigenden Altersdurchschnitt bei den Rettungskräften viel mehr Personal und Wachen erforderlich. Aber gibt es ein Einlenken der Politik? Fehlanzeige.

Ein ähnliches Bild zeigt sich in der übrigen Landesverwaltung mit einem immens hohen Krankenstand, insbesondere im Bildungsbereich. Auch hier haben wir vor Jahren ein Umdenken in der Personalpolitik gefordert. Spürbare Reaktionen der Politik blieben bis auf ein paar „Feuerlöschaktionen“ aus. Bei den hohen Stundenverpflichtungen für die Lehr-

kräfte – übrigens die höchsten aller Bundesländer – gepaart mit dem hohen Altersdurchschnitt grenzt es an ein Wunder, dass nicht noch mehr Unterrichtsausfall zu beklagen ist. Auch diese Alarmsignale ignoriert die Politik.

> Nicht abwarten, sondern handeln!

Das politische Gezerre um zusätzliche 150 Stellen bei der Landespolizei erinnert derweil an Taschenspielertricks. „Zum Glück“, heißt es da aus Kreisen der Landesregierung, „kann man bereits geschaffene Stellen aus dem GroKo-Paket herausrechnen.“ Ob das den Bürgerinnen und Bürgern in puncto innerer Sicherheit auch Glücksgefühle beschert?

Weitere Fehlentwicklungen aufzulisten, fiel nicht schwer. Wir richten daher erneut einen dringenden Appell an die Politik, bei Entscheidungen in Angelegenheiten des Gemeinwohls und des öffentlichen Dienstes den gewerkschaftlichen Sachverstand nicht länger zu ignorieren.

Alleingänge, insbesondere in der Personalpolitik, werden den Regierungsparteien immer wieder auf die Füße fallen und weiter Unmut in der Bevölkerung verursachen. Dass für

Misstände in den oben angesprochenen Bereichen allein die völlig überlasteten Kolleginnen und Kollegen verantwortlich sein sollen, glauben selbst Kritiker der öffentlichen Hand nicht mehr.

Denn fest steht: Die Beschäftigten können ihre gesetzlich verankerten Aufgaben nur dann gut und zuverlässig erledigen, wenn neben einer zuverlässigen Infrastruktur auch das notwendige Personal zur Verfügung gestellt wird.

Handlungsbedarf zu erkennen und Konsequenzen anzunehmen, das zeichnet den dbb m-v

in seiner gesamtgesellschaftlichen Verpflichtung und Verantwortung aus. Die Politik hingegen scheint sich oft genug damit zu begnügen, einfach abzuwarten. Das ist unverantwortlich.

Deshalb rufen wir den politisch Verantwortlichen in der Landesregierung und im Landtag zu: Nutzen Sie Hilfe, Ideen und Know-how von Fachleuten aus der Praxis! Sie finden Sie im dbb m-v und seinen Mitglieds-gewerkschaften.

*Dietmar Knecht,
Vorsitzender
dbb mecklenburg-vorpommern*

> Haushalt

Polizei soll von Überschuss profitieren

Die am 20. Februar 2018 erzielte Einigung des Koalitionsausschusses von SPD und CDU in Mecklenburg-Vorpommern über die Verwendung des Haushaltsüberschusses von rund 327 Millionen Euro ist seitens des dbb Landesbundes begrüßt worden.

„Die beabsichtigten Maßnahmen, beispielsweise bei der Polizei die Zulagen zu erhöhen, Beförderungen zu erleichtern sowie zusätzliche Stellen zu schaffen, entsprechen unseren jahrelangen Forderungen“, so der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht.

„Dies ist ein erster vernünftiger Schritt, in dem Bereich attraktiver für Berufseinsteiger und motivierender für das Bestandspersonal zu werden.“ Allerdings müssten perspektivisch auch die anderen Bereiche der Landesverwaltung, in denen es zu wenig Personal gibt, berücksichtigt werden. „Wir sehen diese Defizite ganz deutlich bei der Bildung, der Justiz, den Gesundheitsämtern sowie in der Finanzverwaltung“, so Knecht.

Nachrichten

Bildung:

VBE M-V fordert mehr Grundschullehrer

Eine Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass der Bedarf an Grundschullehrkräften bundesweit deutlich über der Zahl der Hochschulabsolventinnen und -absolventen liegen wird.

„Auch in Mecklenburg-Vorpommern wurden über Jahre nicht genug Grundschullehrkräfte ausgebildet“, sagte der Landesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Michael Blanck. „Wir

sind also darauf angewiesen, dass wir aus anderen Ländern junge Lehrkräfte gewinnen. Aber auch dort ist der Markt künftig leer.“

Der VBE fordere die Politik daher zum Handeln auf, bevor es zu spät ist. Blanck: „Es ist nicht mehr 5 vor 12, es ist 5 nach 12! Um Lehrkräfte zu gewinnen, müssen auch die Arbeitsbedingungen attraktiv gestaltet werden. Dazu gehört auch die bessere Eingruppierung

der Lehrkräfte. Brandenburg und Berlin machen es vor. Damit wird die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber ab 2019 hier im Land sinken, wenn nicht schnell nachgezogen wird.“

Aus Sicht des VBE könnten Seiteneinsteiger zwar ein Teil einer umfassenden Lösungsstrategie sein. Dazu müssten sie aber, bevor sie vor eine Klasse treten, entsprechend qualifiziert werden.

Der VBE-Landesvorsitzende wies außerdem darauf hin, dass es auch an anderen Schulformen einen steigenden Bedarf nach Lehrkräften gibt. „Es muss generell gehandelt werden, sodass der Lehrerberuf für junge Leute attraktiv ist und auch für ältere Kolleginnen und Kollegen attraktiv bleibt. Und deshalb dürfen wir keine Zeit mehr verstreichen lassen. Absichtserklärungen helfen nicht weiter, es müssen zügig Taten folgen“, forderte Blanck. ■

Sicherheit:

Mehr Befugnisse für den Zoll?

Medienberichten zufolge könnte in diesem Jahr die „Eilzuständigkeit“ für Zollbeamte in das Sicherheits- und Ordnungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (SOG M-V) aufgenommen werden.

Zollbeamte dürften dann beispielsweise zukünftig bei Kontrollen steckbrieflich gesuchte Straftäter festnehmen oder betrunkene Autofahrer an der Weiterfahrt hindern, wenn Polizisten zeitnah nicht vor Ort sind. Das ist bislang nicht möglich.

Dem Vernehmen nach will Innenminister Lorenz Caffier (CDU) das SOG M-V in diesem Jahr entsprechend ändern. Das Sicherheits- und Ordnungsgesetz müsse wegen einer Anpassung des Landesrechts an EU-Datenschutzvorschriften in diesem Jahr ohnehin vom Landtag geändert werden. Auf Anfrage habe der Sprecher des Innenministeriums, Michael Teich, erklärt, im Zuge dieser Änderung könnte die sogenannte Eilzuständigkeit des Zolls in das Gesetz aufgenommen werden.

In der Vergangenheit hatte sich die Landesregierung stets gegen eine Normierung der Eilzuständigkeit für Zollvollzugskräfte ausgesprochen, da eine korrespondierende Regelung im Bundesrecht fehle. Mit der jüngst vorgenommenen Ergänzung des Zollverwaltungsgesetzes um den neuen § 12 d wurde die vom Land bislang beklagte Gesetzeslücke beim Bund nunmehr geschlossen.

Wenn es nun tatsächlich zu der in Aussicht gestellten lan-

desgesetzlichen Regelung kommt, würden jahrelange intensive Bemühungen des BDZ endlich zum Erfolg führen. Zuletzt hatte sich der BDZ-Bezirksverband Nord im Herbst 2016 in einem umfassenden Schreiben an den damaligen Ministerpräsidenten Erwin Sellering (SPD) gewandt. Dabei wurde auch deutlich gemacht, dass es um Rechts- und Handlungssicherheit für die Zollbeamten gehe, keinesfalls aber in die ureigenen Kompetenzen des Landes eingegriffen werden soll. ■

DPhV:

Studie zur Lehrerarbeitszeit

Unter dem Namen „Lehrerarbeitszeit im Wandel – LaiW-Studie“ führt der Philologenverband (DPhV) in Zusammenarbeit mit der Universität Rostock bundesweit eine Studie zur Erfassung der Arbeitszeit durch.

Alle Gymnasiallehrer aus Mecklenburg-Vorpommern sind zur Teilnahme aufgerufen.

Die Studie wird im Zeitraum vom 26. Februar bis 25. März

2018 durchgeführt und hat das Ziel, erstmalig deutschlandweit das Spektrum der aktuellen beruflichen Anforderungen und Aufgaben der Lehrkräfte an den Gymnasien zu erheben. Außerdem soll untersucht wer-

den, wie sich der Wandel von Gesellschaft und Technik auf Arbeitszeit und Gesundheit auswirken. Mit ihrer Teilnahme an der Studie können die Lehrkräfte entscheidend zur Klärung dieser Fragen beitragen. ■

Wissenschaft: Eingruppierung korrigiert

Nicht zuletzt auch wegen der ständigen Bemühungen des Verbandes Hochschule und Wissenschaft Mecklenburg-Vorpommern (vhw m-v) werden die wissenschaftlichen Mitarbeiter mit dem Schwerpunkt Lehre mit einem FH-Diplom in die Entgeltgruppe E 11, statt wie bisher E 9 eingruppiert. „Unsere Arbeit trägt Früchte“, so der Vorsitzende des vhw m-v, Professor Manfred Krüger.

Die Problematik gehe unter anderem darauf zurück, dass mit dem seit 2011 gültigen Landeshochschulgesetz (LHG M-V) alle wissenschaftlichen Mitarbeiter sowie die Lehrkräfte für besondere Aufgaben (LfBA) in einer einheitlichen Kategorie „wissenschaftlicher Mitarbeiter“ zusammengefasst wurden.

Die an den Fachhochschulen tätigen wissenschaftlichen Mitarbeiter mit einem Masterabschluss wechselten nicht zuletzt auf Druck des vhw m-v von der Entgeltgruppe E 11 in

die E 13. Damit zogen sie mit ihren an den Universitäten tätigen Kollegen gleich, eine jahrelange Ungleichbehandlung wurde endlich korrigiert.

Die Eingruppierung der entsprechenden Mitarbeiter mit einem Diplom-FH-Abschluss an den Hochschulen des Landes wurde wiederum nicht überprüft, sie blieben in der Entgeltgruppe E 9. Der Abstand zwischen den wissenschaftlichen Mitarbeitern mit universitärem Diplom oder Master (E 13) und denen mit FH-Diplom (E 9) wurde so zu groß.



> Am 19. Februar 2018 kamen die auf dem Landesgewerkschaftstag im vergangenen Jahr gewählten Rechnungsprüfer erstmals zum Einsatz: In Vorbereitung der Landeshauptvorstandssitzung am 14. März fand die jährliche Rechnungsprüfung statt. Olaf Wiegert (Rechnungsprüfer, DPoIG), Gerd Dümmel (Schatzmeister, dbb m-v), Ines Schneider (Rechnungsprüferin, DSTG) und Astrid Predatsch (Sprecherin der Rechnungsprüfer, VPBA) überzeugten sich von der ordnungsgemäßen Buchführung sowie von der satzungsgemäßen Verwendung der finanziellen Mittel des dbb Landesbundes.

Der vhw hatte das Bildungsministerium auf diese Verwertung aufmerksam gemacht und eine entsprechende Korrektur eingefordert.

Nun hat die Mitgliederversammlung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) einem entsprechenden Antrag des Landes Mecklenburg-Vorpommern zugestimmt: Die

betroffenen Lehrkräfte für besondere Aufgaben mit FH-Diplom werden in der Entgeltgruppe E 11 eingruppiert. Auch mit dem Landesfinanzministerium wurde diesbezüglich Einvernehmen erzielt. Vorbehaltlich der Zustimmung des Landtages und der Zuweisung der Stellenwertigkeit können entsprechend Umsetzungen erfolgen.

dbb Landessenorenvertretung Leitanträge für 10. Altenparlament

Am 19. Februar 2018 traf sich der Vorstand der dbb Landessenorenvertretung, um das in der darauffolgenden Woche stattfindende jährliche Treffen der Seniorenvertreter der Mitgliedsgerwerkschaften vorzubereiten. Auf der Tagesordnung stand in erster Linie die Vorbereitung des 10. Altenparlaments, für das drei Leitanträge zur Diskussion gestellt wurden.

Die Leitanträge beschäftigen sich mit den Themen „Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum – Entwicklung des ländlichen Raumes“ sowie „Gesundheit und Prävention in Mecklenburg-Vor-

pommern“ sowie „Förderung der Medienkompetenz von Seniorinnen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern“.

Mit dem 10. Altenparlament wird eine Tradition fortgesetzt:



> Vorstand der dbb Landessenorenvertretung (von links): Jürgen Pagel, Klaus Junker, Viktor Urban und Gerd Dümmel.

Auf Initiative des Landtagspräsidenten a. D. Hinrich Kuessner fand im Jahr 1999 das erste Altenparlament in Mecklenburg-Vorpommern statt. Ziel war und ist es, dass Senioren ihre Probleme und Wünsche formulieren und ihnen mehr Gewicht verleihen. Wie sich in den ver-

gangenen Jahren gezeigt hat, hat sich dieses Altenparlament nach und nach zu einem Eckpfeiler der Seniorenpolitik in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt und seine Beschlüsse sind aus der politischen Diskussion nicht mehr wegzudenken.



SBB Landesvorstand:

Vorbereitung des Gewerkschaftstages

Zum ersten Mal in diesem Jahr haben sich die Mitglieder des SBB Landesvorstandes in Dresden zu einer zweitägigen Sitzung getroffen. Im Mittelpunkt der Tagung stand der SBB Gewerkschaftstag am 12. und 13. April 2018, der unter dem Motto „In Herausforderungen Chancen sehen. Wir machen Staat!“ steht.

Hierfür wurden die fristgerecht eingegangenen Anträge vorgestellt, besprochen und ein Votum des Landesvorstandes abgegeben. Der Schwerpunkt lag hierbei bei den Satzungsanträgen, die gleich am ersten Tag behandelt wurden.

Zu Beginn des zweiten Tages berichtete Jens Weichelt, stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission, von den aktuellen Ereignissen vom 26. Februar, als die Verhandlungen zur Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen in Potsdam begonnen haben.

Im weiteren Verlauf konzentrierte sich die Arbeit wieder auf den Gewerkschaftstag,

insbesondere auf die Auseinandersetzung mit den Sachanträgen und die Vorschläge zu

den Gremienbesetzungen. Ebenfalls auf der Agenda: Die Lageberichte unserer Lan-

desleitung, Querschnittsvertretungen und der Kommissionen. ■



> Die Landesvorsitzende des SBB, Nannette Seidler (Zweite von links), mit den Ehrenmitgliedern des SBB, Günther Steinbrecht, Petra Uhlig und Joachim Rothe (von links)

Im Januar 2018 fand das Neujahrsfrühstück der SBB-Ehrenmitglieder statt. Themen waren unter anderem der Gewerkschaftstag des dbb im November 2017 und vor allem der SBB Gewerkschaftstag 2018. Erfahrungswissen wurde ausgetauscht sowie Ziele und Aufgaben des SBB für 2018 diskutiert und zukünftige Arbeitsweisen besprochen.

Liebsch und Lindeman neue Stellvertreterinnen:

Hauptversammlung der SBB Frauen

Mehr als 20 Gewerkschafterinnen trafen sich am 25. Januar 2018 zur jährlichen Hauptversammlung der SBB Frauen in Dresden. Als neue Stellvertreterinnen wurden Margit Liebsch (DVG) und Annegret von Lindeman (BTB) gewählt.

Die Nachwahl war nötig geworden, weil die bisherigen Amtsinhaberinnen Birgitt Noack und Petra Thie im Herbst 2017 von ihren Ämtern zurückgetreten waren. Liebsch und Lindeman werden nun die Arbeit des Vorstandes bis zum nächsten Landesfrauenvertreterinnentag im November 2018 unterstützen.

Einen Großteil der ganztägigen Hauptversammlung nahm die inhaltliche Arbeit ein und hier besonders die Anträge an den SBB Gewerkschaftstag. Die Forderungen der Frauen reichen dabei von der Einführung transparenter Beurteilungsstatistiken über die Anpassung der Sonderurlaubstage für Beschäftigte mit Familienpflichten bis hin zur Forderung nach mehr Schutz vor Gewalt am Arbeitsplatz.

Wichtige Vernetzung

Besonders deutlich wurde in der Debatte, wie wichtig der Austausch und die Vernetzung der verschiedenen Bereiche des öffentlichen Dienstes sind, um die Rahmenbedingungen für alle Bereiche zu optimieren. Vor diesem Hintergrund passte es gut, dass die SBB-Vorsitzende Nannette Seidler als Gast geladen war, um über allgemeine, aktuelle landes- und gewerkschaftspolitische Themen und Ereignisse zu berichten.

Die Vorsitzende der SBB Frauen, Tanja Teich, erläuterte bei der Vorstellung des Geschäftsberichts die Aktivitäten der SBB Frauen seit der letzten Hauptversammlung im April 2017. So wurde über die Teilnahme an zahlreichen Veran-



> Vorstand der SBB Frauen: Monika Dietz, Margot Sarink, Margit Liebsch, Tanja Teich, Annegret von Lindeman, Sabine Marz (von links)

staltungen beispielsweise der dbb bundesfrauenvertretung, des Landesfrauenrates und des Gleichstellungsbeirates berichtet sowie die Informationsveranstaltung zum Thema „Sicherheit am Arbeitsplatz“ der SBB Frauen beschrieben. Zum Tag der Sachsen 2017 Anfang September in Löbau präsentierten die SBB Frauen zudem ihre Arbeit mit einem eigenen Stand und sprachen mit Vertreterinnen und Ver-

tretern aus Politik und Verwaltung.

Bei allen Veranstaltungen wurde insbesondere die Modernisierung des Sächsischen Frauenförderungsgesetzes diskutiert. Im Fokus standen vor allem Themen rund um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im öffentlichen Dienst und die Forderung nach einem diskriminierungsfreien Fortkommen der weiblichen Beschäftigten. ■



> Teilnehmerinnen der SBB Frauen Hauptversammlung

Aus der Kommissionsarbeit



> Mitte Februar tagte die Kommission Personalvertretungsrecht. Im Fokus stand hier die Erstellung eines Informationsblattes für Mitglieder sowie die Fortführung der Veranstaltungsreihe SBB Bildungsforum im Jahr 2018. Auf dem Foto: Nils Oeser, Andrea Weiß, Jürgen Kretzschmar, Michael Creutz, Jürgen Fischer (von links).



> Für die Kommission Beamtenrecht/Besoldung kamen Ende Januar sechs Vertreterinnen zusammen und besprachen Themen wie laufende Stellungnahmen des SBB und die Vorbereitung des SBB Gewerkschaftstages. Auf dem Foto: Ramona Buhler, Tanja Teich, Claudia Raum, Silke Völker-Eckert, Roswitha Wiest, Karen Siwonina (von links).

© Hala (2)

Sächsischer Lehrerverband:

Workshop mit Staatsminister Piwarz

Bei einem Workshop des Sächsischen Lehrerverbandes (SLV) im Februar 2018 stellte der sächsische Staatsminister für Kultus, Christian Piwarz, den Stand des aktuellen Einstellungsverfahrens und der geplanten Maßnahmen zur Aufwertung des Lehrerberufs in Sachsen dar.

Piwarz bezeichnete die geringe Bewerberzahl als dramatisch. Für die aktuelle und für künftige Einstellungsrounden werde deutlich: Wenn Bewerbungen keine attraktiveren Angebote unterbreitet werden könnten, sei perspektivisch eine Erhöhung des Seiteneinsteiger-Anteils zu befürchten – auf bis zu einem Drittel im gesamten sächsischen Schulsystem, in bestimmten Regionen und Schulen sogar auf bis zu 80 Prozent.

Erschwerend komme hinzu, dass Sachsen auch in den kommenden Jahren seinen Bedarf von 2.000 Lehrkräften pro Jahr nicht annähernd selbst decken können. Den jungen

Lehrern müsse daher die Verbeamtung angeboten werden. „Sonst verlieren wir weiterhin die Hälfte der Lehramtsstudierenden und in der Folge wiederum die Hälfte der ausgebildeten Referendare an andere Bundesländer“, so Staatsminister Piwarz.

■ Sachsen ohne Verbeamtung im Nachteil

Im Wettbewerb um grundständig ausgebildete Lehrer hätten Sachsen und Berlin klare Nachteile, weil sie trotz angehobener Einstiegsgehälter gegenüber anderen Bundesländern, die Lehrer verbeamteten, nicht mithalten können.

Zusätzlich erläuterte Piwarz den SLV-Mandatsträgern einige geplante Maßnahmen für die verdienstvolle Lehrergeneration, die aus Altersgründen nicht mehr verbeamtet werden kann. Der Staatsminister zeigte sich optimistisch, dass dazu bald eine Einigung zwischen den Koalitionspartnern erzielt werden könne.

■ Konstruktiver Dialog

Entgegen „irritierender“ Medienberichte zur beabsichtigten Eingruppierung der Grundschullehrkräfte in A 13 beziehungsweise EG 13 hob Staatsminister Piwarz zudem hervor, dass damit selbstverständlich auch alle

Lehrerinnen und Lehrer mit der DDR-Ausbildung „Lehrer für untere Klassen“ erfasst werden sollen. Während seiner Amtszeit habe es dazu nie andere Vorstellungen gegeben.

Der Landesvorsitzende des Sächsischen Lehrerverbandes, Jens Weichelt, formulierte im anschließenden offenen und konstruktiven Dialog die Erwartungen der sächsischen Lehrkräfte: Die geplante Verbeamtung von Lehrkräften müsse mit wertschätzenden Maßnahmen für die verdienstvolle Lehrergeneration, für die eine Verbeamtung nicht mehr infrage kommt, unbedingt im Einklang stehen.



© SIV

> Staatsminister Christian Piwarz im Gespräch mit Mandatsträgern des Sächsischen Lehrerverbandes.

diesen Zeitraum verkürzen. So stiegen Gymnasial- und Berufsschullehrer in Bayern mit Besoldungsgruppe A 13 (plus Stellenzulage) ein, erreichten derzeit spätestens nach 13 Jahren die A 14 und gehen in den meisten Fällen mit einer A 15 in den Ruhestand.

Welche Auswirkungen die Aussicht auf Verbeamtung auf Bewerberzahlen hat, konnte Nitschke an einem Beispiel darstellen: Für unbesetzte Stellen an bayerischen Grund- und Mittelschulen sollten sich Real- und Gymnasiallehrer mit einer zweiten Qualifikation bewerben. Die Bewerberzahl dafür lag zunächst landesweit unter 30. Sobald die Bewerber aber eine Verbeamtungszusage erhielten, gab es etwa achtmal so viele Bewerbungen von grundständig ausgebildeten Lehrkräften.

> Blick über die Landesgrenze: Lehrer in Bayern

Ein Beispiel für das Gelingen der selbstständigen Deckung des Lehrbedarfs zeigt der Freistaat Bayern, wo es bei den Einstellungsverfahren für manche Schularten sogar Wartelisten von Bewerbern

mit vollständiger Lehrerausbildung gibt. Das erläuterte im Anschluss an das Gespräch mit Staatsminister Piwarz der Vizepräsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), Gerd Nitschke, bei seinem Vortrag über die Einkommenssituation und Entwick-

lungsperspektiven von Lehrkräften in Bayern.

Für bayerische Lehrkräfte sind demnach Aufstiegsmöglichkeiten berechenbar. Jeder könne sich über den voraussichtlichen Zeitpunkt seiner Höhergruppierung informieren und mit guten Leistungsbeurteilungen

Deutsche Polizeigewerkschaft

Landeshauptvorstand und Neujahrsempfang

Am 2. Februar 2018 tagte der Landeshauptvorstand der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Sachsen im Festsaal der Bereitschaftspolizei Dresden. Im Anschluss fand der Neujahrsempfang der Gewerkschaft statt.

Der Einladung folgten verschiedene Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft sowie natürlich aus den Reihen der DPoIG. So konnte die DPoIG-Landesvorsitzende Cathleen Martin als Gäste den Landespolizeipräsidenten Jürgen Georgie, den CDU-Landtagsabgeordneten Marko Schiemann, den innenpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion Die Linke, Enrico Stange, und die Landesvorsitzende des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, Nannette Seidler, begrüßen. Auch der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt und der Vorsitzende der DPoIG Stiftung, Be-

rend Jochem, waren der Einladung gefolgt.

Wendt wies in seiner Rede ebenso wie Landespolizeipräsident Georgie auf die angespannte Situation bei der Polizei hin. Die Aufgabendichte nehme ständig zu, ob im Tagesgeschäft, bei Demonstrationen oder im Zusammenhang mit terroristischen Gefährdungen. Wendt mahnte in diesem Zusammenhang auch die Vorsorgepflicht des Dienstherrn an, insbesondere im Zusammenhang mit sogenannten Auskunftssperren für alle Polizeibeamte und auch deren Familienangehörigen. ■



© DPoIG

> Nannette Seidler, Vorsitzende des SBB, mit Cathleen Martin, Vorsitzende der DPoIG Sachsen und stellvertretende Vorsitzende des SBB (von rechts)

Reaktion auf Volksinitiative:

Sachsen-Anhalt will 1 000 neue Lehrerstellen ausschreiben

Sachsen-Anhalts Bildungsminister Marco Tullner hat in der ersten Landtags-sitzung im Januar 2018 angekündigt, noch in diesem Jahr 1 000 Lehrerstellen auszuschreiben. Anlass für Tullners Ankündigung war, dass am 25. Januar 2018 im Landtag abschließend über die Forderungen einer Volksinitiative gegen den Lehrermangel beraten wurde. Mitinitiatoren dieser Volksinitiative sind auch zwei dbb Lehrergewerkschaften, der Verband Bildung und Erziehung (VBE) Sachsen-Anhalt und der Sekundarschullehrerverband (SLV) Sachsen-Anhalt.

„Tullner hat damit sicher ein Zeichen setzen wollen. Aber die zusätzlichen 1 000 Stellen reichen bei Weitem nicht aus“, sagte Ludger Thieler, Vertreter des VBE Sachsen-Anhalt in der Volksinitiative und stellvertreter Landesvorsitzender des VBE. „Durch Langzeiterkrankte und auch viele junge Lehrkräfte, die irgendwann in den Schwangerschaftsurlaub gehen, wird ein neues Defizit aufgebaut.“

Meldungen über den personellen Notstand an Schulen gehören mittlerweile zur Tagesordnung. Es gibt kaum eine Schule, in der nicht Unterrichtsstunden ausfallen, Klassen zusammengelegt oder Fächer überhaupt nicht unterrichtet werden. Sogar zeitweilige Schließungen ganzer Schulen waren schon notwendig, weil keine Lehrkräfte mehr zur Verfügung standen. Das Schulsystem in Sachsen-Anhalt ist längst an seine Leistungsgrenze geraten. Ebenso führen die ständig steigenden Anforderungen dazu, dass immer mehr Lehrerinnen und Lehrer krankheitsbedingt fehlen oder sogar vorzeitig ganz aus dem Schuldienst ausscheiden.

Gegen diesen massiven Lehrermangel formierte sich im April 2017 das Bündnis „Den Mangel beenden! – Unseren Kindern Zukunft geben!“ aus Gewerk-



schaften, Verbänden, Elternvertretern und Politikern. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) und Sekundarschullehrerverband (SLV) sind zwei von acht Bündnispartnern.

➤ Bündnis sammelt 70 000 Unterschriften

Hauptforderung der Volksinitiative ist, dass die Landesregierung zusätzlich 1 000 Lehrer und 400 pädagogische Mitarbeiter einstellt, um das in den letzten vier Jahren entstandene Personaldefizit zu beseitigen. Außerdem sollen in Sachsen-Anhalt mehr Lehrer ausgebildet sowie die Einstellungspraxis geändert werden, um alle jungen Lehrkräfte im Land zu halten.

Von Mai bis September 2017 sammelte das Bündnis mehr als 70 000 gültige Unterschriften. Schon 30 000 hätten gereicht, damit sich der Landtag mit dem Anliegen befassen muss. Unterstützt von Gewerkschaften, Elternvertretern und Politikern ist die Volksinitiative damit eine der erfolgreichsten im Land Sachsen-Anhalt geworden.

Am 25. Januar 2018 beschloss der Landtag in seiner Sitzung entsprechend als Reaktion auf die Initiative, noch in diesem Jahr 1 000 Lehrerstellen auszuschreiben. Bildungsminister Tullner räumte allerdings ein, dass er „große Bauchschmerzen“ habe, was die Besetzung der Stellen angehe. Woher sol-

len die neuen Lehrer herkommen? Nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern auch in anderen Bundesländern würden dringend Lehrkräfte gesucht. Der Konkurrenzdruck werde immer größer. Zudem mahnte Tullner: Es müsse auch um Qualität gehen.

„Wenn der Grund für diese Volksinitiative nicht so traurig wäre, könnte man über die großartige Teilnahme wirklich erfreut sein“, so VBE-Vertreter Ludger Thieler. Durch den Personal-mangel sei die Bildung „unserer Kinder und Jugendlichen und damit ihre und unser aller Zukunft“ in einer Wissens- und Leistungsgesellschaft grundlegend bedroht.

Zu der Ankündigung von Bildungsminister Tullner, die 1 000 Lehrerstellen schon in diesem Jahr auszuschreiben, sagte Thieler: „Wir sind erst einmal positiv gestimmt und die Entscheidung ist auch ein Schritt in die richtige Richtung. Aber das reicht bei Weitem nicht aus. Ziel der Volksinitiative war nicht, gerade mal so viele Lehrkräfte einzustellen, dass lediglich die in den Ruhestand abgehenden Kollegen ersetzt werden können. Ziel war und ist, die katastrophalen Zustände an den Schulen zu ändern.“

➤ Neue Probleme im Vorbereitungsdienst und mit der Inklusion?

Die Änderungen seitens des Bildungsministeriums im Vorbereitungsdienst gäben weiteren Anlass zu großer Sorge. Danach sollen Referendare bereits nach vier Wochen eigenverantwortlich und ohne Begleitung eines erfahrenen

Kollegen für mehrere Stunden pro Woche vor der Klasse stehen. Das war bisher erst nach vier Monaten der Fall. „Dieser sehr frühe Einsatz dient eigentlich nur als ‚Lehrkräfteersatz‘“, so Thieler.

Durch das starke Vorantreiben der Inklusion in den Schulen von Sachsen-Anhalt gäbe es zudem große Probleme sowohl an Förder- als auch Regelschulen. Mit dem eigentlichen Ziel, Schüler im gemeinsamen Unterricht zu unterstützen, wurden Förderschullehrer an Regelschulen abgeordnet, erklärte Thieler. Mittlerweile würden diese jedoch für den Regelschulunterricht eingesetzt, einzelne sogar als Klassenlehrer. Eine gezielte Förderung der Schüler im gemeinsamen Unterricht sei damit nur noch sporadisch möglich. An den Förderschulen wiederum fehlten fachspezifisch ausgebildete Lehrkräfte. Teilweise könnten dadurch die Unterrichtsangebote nicht aufrechterhalten werden, von besonderen Zusatzangeboten (profilbildende Maßnahmen) ganz zu schwei-

gen. Auch der Mangel an pädagogischen Mitarbeiter hätte negative Auswirkungen auf den Arbeits- und Unterrichtsalltag an den Förderschulen.

■ SLV: Lehrerbedarf nicht einfach kleinrechnen

Laut SLV sind die Sekundarschulen in Sachsen-Anhalt vom Lehrermangel besonders betroffen. „Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass man nicht einfach durch eine Absenkung der Bedarfsbemessung (Schlüssel zur Berechnung des Lehrerbedarfs) den durch politische Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen ausgelösten Lehrermangel beheben kann“, machte Claudia Diepenbrock, Landesvorsitzende des SLV, deutlich.

Der SLV fordert zudem die Überarbeitung des Organisationserlasses des Kultusministeriums vom Sommer 2015, nachdem die Sekundarschulen es aus „eigener Kraft“ schaffen sollen, die Unterrichtssituation zu schultern. Fahrlässig seien so Kürzungen der Stunden

auch in Kernfächern in Kauf genommen, Wahlpflichtkurse an Sekundarschulen abgeschafft, der Förderunterricht auf ein Minimum begrenzt und die Unterrichtsstunden für den „gemeinsamen Unterricht“ (Inklusion) zusammengestrichen worden. Eine Korrektur habe auch Bildungsminister Tullner bisher nicht vorgenommen. Im Gegenteil: Die Situation sei durch weitere Absenkungen verschärft worden. Dabei sei die Sekundarschule immer noch die von den meisten Schülern besuchte Schulart. Gerade die differenzierte Förderung an den Sekundarschulen ermögliche eine zielgerichtete Vorbereitung der jungen Menschen auf das Berufsleben und könne bei guter Ausstattung sowie Stärkung ihres Ansehens in der Öffentlichkeit entscheidend gegen den Fachkräftemangel wirken. Eine gute Durchlässigkeit in weiterführende Bildungsgänge ermögliche jeden Schulabschluss.

Der Sekundarschullehrerverband sei für Inklusion. Allerdings nur, wenn die Rahmen-

bedingungen stimmen. Inklusive Schulen müssten räumlich, sächlich und vor allem personell gut ausgestattet sein. „Jedes einzelne Kind hat das Recht auf bestmögliche Förderung“, sagte Diepenbrock. So lange nicht die Mehrzahl der Regelschulen grundlegend befähigt für die inklusive Schule sei, sollten aber die bisherigen Schulformen, zum Beispiel Spezialschulen für Kinder mit Lern- oder Sprachbehinderungen, gekoppelt an das Wahlrecht der Eltern, bestehen bleiben.

Die Vertreter der Volksinitiative bekräftigten nach der Landtagssitzung ihre Kernforderung nach 1 000 Lehrern und 400 pädagogischen Mitarbeitern zusätzlich und so schnell wie möglich. Wie man weiter verfare, wollen die Bündnispartner von den tatsächlichen Einstellungen und einem Treffen mit Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) abhängig machen. Blieben echte Verbesserungen aus, sei ab Mai 2018 doch noch ein Volksbegehren denkbar. ■

dbb fordert:

Ja zur freiwilligen Verlängerung der Dienstzeit

Um dem Personalmangel bei der Polizei entgegenzuwirken, hat der Vorsitzende des dbb sachsen-anhalt, Wolfgang Ladebeck, zwei Vorschläge unterbreitet: Die befristet eingestellten Wachpolizisten sollen in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen und Anträge von Polizeivollzugsbeamten, die freiwillig länger arbeiten wollen, genehmigt werden.

Wachpolizisten entlasten die Polizeivollzugsbeamten von der Verkehrsüberwachung, sie werden insbesondere bei Geschwindigkeitskontrollen aber auch zur Begleitung von Schwerlasttransporten eingesetzt. Das Arbeitsverhältnis



➤ Wolfgang Ladebeck

dieser Wachpolizisten wurde jedoch auf zwei Jahre befristet, für die ersten 20 Beschäftigten endet daher am 30. April 2018 das Arbeitsverhältnis.

Für Ladebeck ein fataler Fehler: „Die Wachpolizisten haben sich bewährt. Wir brauchen diese Kräfte dauerhaft.“

Eine zweite Möglichkeit, dem Personalmangel entgegenzuwirken, sei die freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Ein Polizeivollzugsbeamter wird derzeit mit 60 Jahren in den Ruhestand versetzt. Er kann nach geltendem Recht zwar jetzt schon bis zu drei Jahre über die Altersgrenze hinaus arbeiten, aber nur, wenn dienstliche Interessen nicht entgegenstehen. „Gängige Praxis ist aber, dass Anträge von Polizisten aus häuslicher Gründen regelmäßig abgelehnt werden

– und das obwohl CDU, SPD und Grüne im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, an der Möglichkeit der freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizeivollzugsbeamte festzuhalten“, kritisiert Ladebeck.

Wegen der aktuellen Personalnot und angesichts der demografischen Entwicklung müsse Erfahrungswissen nicht nur in der Polizei, sondern im gesamten öffentlichen Dienst des Landes gesichert werden. Deshalb habe der dbb im aktuellen Gesetzgebungsverfahren zur Änderung des Dienstrechts gefordert, Beamte, die länger arbeiten wollen, nicht mehr zu blockieren. ■

BSBD-Landesvorsitzender Mario Pinkert:

„Eine Resozialisierung der Gefangenen ist oft nicht mehr möglich“

Die Redaktion des dbb regional magazins sprach mit dem neu gewählten Landesvorsitzenden des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD), Mario Pinkert, über seine Ziele und die derzeitige Situation in der Justiz.

dbb regional magazin: Herr Pinkert, seit wann sind Sie im BSBD gewerkschaftlich aktiv und was bedeutet dieses Ehrenamt für Sie?

Pinkert: Ich bin seit 1992 Mitglied im BSBD Sachsen-Anhalt. Von 2005 bis 2015 war ich Ortsverbandsvorsitzender der Justizvollzugsanstalt (JVA) Dessau und seit August 2016 bin ich Ortsverbandsvorsitzender der JVA Volkstedt.

Wer ein Ehrenamt ausüben möchte, sollte sich immer fragen: Warum möchte ich tätig werden? Mir bietet das Ehrenamt die Möglichkeit, die Interessen der Mitglieder im BSBD zu vertreten, etwas bewegen und verändern zu können, neue Kontakte aufzubauen, Teamwork mit anderen Ehrenamtlichen zu erleben.

dbb regional magazin: Was sind für Sie die größten Herausforderungen?

Pinkert: Die Situation in den Justizvollzugsbehörden in Sachsen-Anhalt ist nicht gerade entspannt. Der jahrelange Personalabbau und die damit verbundene Arbeitsverdichtung haben die Bediensteten an ihre Belastungsgrenze gebracht. Hinzu kommen der hohe Altersdurchschnitt und ein immens hoher Krankenstand. Auch die drastisch veränderte Gefangenenklientel spielt eine große Rolle, denn die Gewaltbereitschaft und

psychische Auffälligkeiten nehmen zu. Eine Menge Probleme, die es zu lösen gilt.

dbb regional magazin: Wie äußert sich der Personal-mangel?

Pinkert: Gegenwärtig wird beispielsweise Personal für nur drei Standorte vorgehalten, obwohl es derzeit noch fünf Vollzugsanstalten gibt: Zwei in Halle; eine in Burg, eine in Volkstedt und eine in Raßnitz. Geschuldet ist dies einer Entscheidung der Landesregierung im Februar 2012, den Justizvollzug an drei Standorten zu konzentrieren: Halle, Burg und Raßnitz.

Erschwerend kommt hinzu, dass täglich etwa 100 Kollegen wegen Krankheit fehlen. Das verschärft die Personalnot. Die Kollegen, die die Mehrarbeit leisten müssen, schieben dadurch wiederum einen großen Überstundenberg vor sich her.

Ein schwieriges Schichtsystem, teilweise mit verschiedenen Dienstzeiten innerhalb einer Arbeitswoche, der Dienst an Sonn- und Feiertagen sowie in der Nacht belastet viele Kollegen zusätzlich. Das betrifft ja nicht nur sie selbst, sondern auch ihr soziales Umfeld beziehungsweise familiäre Bindungen.

dbb regional magazin: Gleichzeitig wachsen die Aufgaben, oder?



> Der Landesvorsitzende des BSBD: Mario Pinkert

Pinkert: Ja. Die steigende Anzahl von auffälligen Gefangenen und neue Anforderungen aus dem Justizvollzugsgesetzbuch bringen in vielfacher Hinsicht große Herausforderungen mit sich. Die Tatsache etwa, dass auch bei den Strafgefangenen die Problemlagen zunehmend komplexer und gravierender werden, erschweren den ohnehin nicht leichten Dienst. Ein Teil der Strafgefangenen hat Drogenprobleme, andere sitzen wegen Gewalt- oder Kapitalverbrechen ein und nicht wenige sind psychisch gestört.

Bisher kann der Schutz der Allgemeinheit während der Haftzeit noch aufrechterhalten werden. Doch eine Resozialisierung und Wiedereingliederung der Gefangenen ist oft nicht mehr möglich. Die Politik muss endlich erkennen, dass der Justizvollzug zur inneren Sicherheit gehört.

Fakt ist: Wir brauchen dringend mehr und motiviertes Personal, um das Ziel der Resozialisierung und Wiedereingliederung der Gefangenen in die

Gesellschaft zu erreichen. Daher halte ich die Umsetzung des Koalitionsvertrages der schwarz-rot-grünen Landesregierung, in dem 100 zusätzliche Neueinstellungen im Allgemeinen Vollzugsdienst festgeschrieben wurden, für dringend notwendig. Das muss schnellstens umgesetzt werden.

dbb regional magazin: Angesichts dieser Umstände wundert es nicht, dass der Beruf eines Justizvollzugsbeamten nicht zu den begehrtesten zählt. Sachsen-Anhalt kämpft seit Jahren mit großen Nachwuchssorgen. Wie kann aus Ihrer Sicht die Attraktivität des Berufs gesteigert und die Ausbildungssituation im Justizvollzug verbessert werden?

Pinkert: Richtig ist: Selbst wenn neue Stellen geschaffen werden, bleibt das Problem der Personalgewinnung. Die junge Generation setzt bei der Auswahl des Arbeitsplatzes ganz andere Schwerpunkte. Familie und Freizeit nehmen einen höheren Stellenwert ein, als das noch vor einigen Jahren der Fall war. Auch fehlt es an öffentlicher Anerkennung für den Beruf der Justizvollzugsbediensteten. In den Köpfen der Menschen sind Justizvollzugsbeamte nur „Schließer“ und „Wärter“. Sie leisten aber einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft. Dafür erwarten sie Wertschätzung, vor allem auch von der Politik.

Die Digitalisierung führt ebenfalls zu Veränderungen am Arbeitsmarkt. Onlinemedien sind bei der Personalgewinnung längst unerlässlich. Dies sollte auch für den sachsen-anhaltischen Justizvollzug gelten.

Ich könnte mir vorstellen Onlinejobportale, soziale Netzwerke und die eigene Internetpräsenz zu nutzen, um die bisherigen Stellenausschreibungen zu ergänzen. Das Zeitalter der Digitalisierung ist eine Chance für die Nachwuchsgewinnung, wenn man auf den richtigen Kanälen aktiv kommuniziert. Kurz gesagt: Die Bewerber müssen den Justizvollzug auf das Radar bekommen.

Neben der richtigen Kommunikation und einem positiven Image braucht es aber natürlich auch finanzielle Anreize. Bewerber, die über Berufs- und Lebenserfahrung verfügen, unter Umständen schon eine Familie gegründet haben, können mit den Anwärterbezügen ihren Lebensunterhalt nicht finanzieren. Hier darf Sachsen-Anhalt nicht an falscher Stelle sparen. Die Bezahlung muss attraktiver gestaltet werden, um Anreize für eine Ausbildung in diesem anspruchsvollen Beruf zu schaffen. Beispielsweise könnte der Einstieg in den Justizvollzugsdienst durch die Einführung eines Anwärtersonderschlags attraktiver gestaltet werden.

dbb regionalmagazin: *Wie sieht der Arbeitsalltag eines Justizvollzugsbeamten aus?*

Pinkert: Der Aufgabenbereich umfasst die Beaufsichtigung, Unterbringung und Versorgung von Gefangenen, aber auch deren Betreuung und Behandlung. Wir sind erster Ansprechpartner bei Sorgen und Nöten der Gefangenen, müssen damit gleichzeitig Sozialarbeiter, Psychologe und Therapeut sein.

Die Schicht beginnt morgens mit dem Aufschluss der Zellen. Weiter geht es mit der Überwachung des Ausrückens der Gefangenen zur Arbeit in die Betriebe, dem Bearbeiten von schriftlichen Anträgen und ausgehender Post, den

Haftraumkontrollen, der Überwachung des Wiedereintrückens der Gefangenen, der Beaufsichtigung des Aufenthalts der Gefangenen im Freien, der Gestaltung der Freizeit bis hin zum Einschluss am Abend.

Als Justizvollzugsbeamter sollte man einerseits Einfühlungsvermögen haben, sich andererseits aber auch durchsetzen können. Es ist sehr wichtig, mit den Gefangenen ins Gespräch zu kommen. Man muss aber immer darauf bedacht sein, sich zurückzuhalten und nichts Persönliches von sich selbst preiszugeben.

dbb regionalmagazin: *Die Gefangenen werden zunehmend respektloser und aggressiver. Der Missbrauch berauschender Mittel hat extrem zugenommen und verstärkt den Werteverfall. Sehen Sie hier auch die Politik in der Pflicht?*

Pinkert: Unser allererstes Ziel muss es sein, Drogen im Vollzug zu verhindern. Und hier komme ich wieder auf das Hauptproblem zu sprechen: Der Personalmangel. Mit mehr Kolleginnen und Kollegen könnten zum Beispiel engmaschigere Kontrollen durchgeführt werden. Dringenden Handlungsbedarf sehe ich auch im Angebot von Weiterbildungsmaßnahmen für die Bediensteten. Vor allem im Umgang mit Drogenabhängigen besteht oftmals noch ein Wissensdefizit.

Auch die Ausrüstung der Bediensteten mit Schutzbekleidung muss verbessert werden. Es sollte der Einsatz von Hilfsmitteln, wie zum Beispiel Pfefferspray, zum Eigenschutz der Bediensteten geprüft werden.

Weiterer Handlungsbedarf besteht in der Ausstattung der Strafvollzugseinrichtungen mit neuester Technik, wie zum Beispiel Videoüberwachung und modernen Alarmanlagen. Sie

sind ein „muss“ für einen reibungslosen Tagesablauf.

Das A und O ist jedoch ausreichendes Personal. Nur mit ausreichend und gut qualifiziertem Personal sowie einer modern ausgestatteten Vollzugsanstalt können die Ziele, die Resozialisierung und Wiedereingliederung der Strafgefangenen in die Gesellschaft, erreicht werden.

dbb regionalmagazin: *Noch eine Frage zu Ihrer Funktion als Landesvorsitzender des BSBD. Welche gewerkschaftlichen Schwerpunktthemen haben Sie sich zur Stärkung des BSBD als Interessenvertretung der Bediensteten gesteckt?*

Pinkert: Es ist wichtiger denn je, dass die Gewerkschaften die Interessen der Beschäftigten vertreten. Oberste Priorität hat deshalb für mich die Arbeit an der Basis. Nur dort erfahre ich, wo bei den Beschäftigten der Schuh drückt, welche Missstände es zu beseitigen gilt. Vor diesem Hintergrund möchte ich mich stärker in die Politik einmischen, innovative Ideen ein-

> Info

Im Oktober 2017 wählten Vertreter der Kreis- und Ortsverbände des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) auf dem Landesvertretertag in Raßnitz einen neuen Vorstand. Zum Landesvorsitzenden wurde Mario Pinkert, Ortsverbandsvorsitzender der Justizvollzugsanstalt (JVA) Volkstedt, gewählt. Sein Vorgänger Uwe Bülow stand aus Altersgründen nicht mehr zur Verfügung. Zu Stellvertretern von Pinkert wurden Torsten Gröne, Jens Diederichs und Alfred Altner gewählt.

bringen und auch mal unangenehme Sachverhalte ansprechen.

Ebenfalls ist mir die Mitgliederwerbung wichtig. Dies ist ein bedeutender Schlüssel für das Niveau des politischen Einflusses der Gewerkschaften. Denn die besten Inhalte und Ziele nützen wenig, wenn es keine mobilisierungsfähige Basis gibt. ■

> Tarifkommission dbb sachsen-anhalt



> Die Mitglieder der Tarifkommission des dbb sachsen-anhalt haben am 5. Februar 2018 Torsten Grabow (GdS) erneut zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Torsten Salomon (VBE) bestimmt. Zuvor hatte die dbb Landesleitung Dorin Waßmann (DSTG) und Karsten Kirmse (VDStRa.) für inzwischen ausgeschiedene Mitglieder neu in die Kommission berufen. Neben den Wahlen stand die Vorbereitung der Einkommensrunde in Bund und Kommunen im Mittelpunkt der Sitzung der Landestarifkommission. Grabow, der auch Mitglied der dbb Bundestarifkommission ist, machte deutlich, dass die Durchsetzbarkeit der Forderungen direkt von der Aktionsfähigkeit der Mitglieder abhängt: „Ich erwarte deshalb, dass Tarifbeschäftigte und Beamte gemeinsam den Forderungen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wenn nötig auch auf der Straße Nachdruck verleihen.“

Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform:

tbb kritisiert mangelhafte Beteiligung

Während die Gebietsreform in Thüringen weitestgehend auf Eis gelegt wurde, drückt die Landesregierung bei der Verwaltungs- und Funktionalreform aufs Tempo – jedoch ohne sich an ihre Zusage zur Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen zu halten, wie der Vorsitzende des tbb, Helmut Liebermann, kritisiert.

„Die ursprünglich formulierte Absicht der Landesregierung, bei der Verwaltungs- und Funktionalreform die Gewerkschaften, Berufsverbände und Personalvertretungen rechtzeitig und gründlich einzubeziehen und auf diese Weise die Motivation der Beschäftigten auch bei den vorgesehenen Umstrukturierungen zu fördern, ist für den tbb leider nicht mehr erkennbar“, kritisierte Liebermann.

Motivierte Beschäftigte seien auch das Ziel des tbb. Dazu habe man der Landesregierung eine Rahmenvereinbarung mit Mindestrichtlinien vorgeschlagen: Grundsätze zum Umgang mit betroffenem Personal und die möglichst große Minderung der Auswirkungen für die einzelnen betroffenen Beschäftigten. Orientiert habe sich der tbb dabei an der Heimatstrategie von Bayern. „Keine Maßnahme sollte ergriffen werden, deren Sinnhaftigkeit nicht erkennbar sein würde. Nur solche Vorhaben sollten umgesetzt werden, bei denen die Aufwand-Nutzen-Relation stimmt“, so der tbb Chef. „Voraussetzung und Forderung des tbb war und ist, dass die neue Struktur der optimalen Erfüllung der Aufgabe folgt und nicht Strukturen geschaffen werden und dann die Aufgaben ‚hinzugebastelt‘ werden.“ Eine ehrliche und objektive Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik wäre dafür die Grundlage gewesen.

„Heute müssen wir leider konstatieren, dass es nach wie vor keine Rahmenvereinbarung gibt. Stattdessen gibt es einen Kabinettsbeschluss über neue Strukturen vom 26. September 2017, dessen Inhalte eben nicht vorab mit den Gewerkschaften, Berufsverbänden und Personalvertretungen diskutiert wurden und der Vorhaben beinhaltet, die aus unserer Sicht so nicht hinnehmbar sind“, kritisierte Liebermann.

So sei etwa vorgesehen, in insgesamt dreizehn verschiedenen Fachrichtungen die Vorbereitungsdienste für die entsprechenden Laufbahnen ganz einfach abzuschaffen. Liebermann: „Das stellt einen Thüringer Alleingang dar, der die bundesweite Vergleichbarkeit der entsprechenden Ausbildungen nicht mehr gewährleistet und der junge Thüringer gegenüber ihren Alterskollegen anderer Bundesländer benachteiligt.“

Einzelne Teile des Kabinettsbeschlusses seien mittlerweile nach Kritik des tbb korrigiert



> Helmut Liebermann

worden. Beispielsweise wurden die tbb Argumente für ein Drei- statt ein Zwei-Ämter-Modell im Bereich des bisherigen Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft berücksichtigt.

„Bei einigen Maßnahmen ist aber keine Sinnhaftigkeit erkennbar“, stellte Liebermann fest. Trotzdem sei der Kabinettsbeschluss natürlich bindend für die Ressorts. „Motivation der Beschäftigten geht anders. Beteiligungsvereinbarungen auch.“ Insbesondere

von einer rot-rot-grünen Landesregierung sei eigentlich etwas anderes zu erwarten gewesen.

„Andere Bundesländer haben inzwischen aus zeitlichen und fachlichen Gründen von übereilten Vorhaben unter der Überschrift ‚Reform‘ Abstand genommen. Es wäre gut, wenn die Thüringer Landesregierung mal einen Blick über die Landesgrenzen werfen würde“, so der tbb Vorsitzende. Man sträube sich nicht vor Veränderungen und Effizienzgewinnen. „Wenn sie aber so wie in Thüringen von einigen wenigen im stillen Kämmerlein erdacht und dann per Kabinettsbeschluss durchgedrückt werden sollen, kann man von überschwänglicher Mitarbeit der Betroffenen und von gesteigerter Motivation wohl kaum ausgehen. Aus unserer Sicht ist das sehr schade, denn so wird viel fachliches und menschliches Potenzial verschenkt.“ ■

„Grundsatz dieses Prozesses ist die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus sind neben den kommunalen Spitzenverbänden auch Gewerkschaften, Berufsverbände und Personalvertretungen einzubeziehen.“

Aus der Koalitionsvereinbarung der rot-rot-grünen Landesregierung.

„Thüringen im Wandel“:

Gewerkschaftstag der komba thüringen

Unter dem Motto „Thüringen im Wandel“ fand am 1. Dezember 2017 der Landesgewerkschaftstag der komba thüringen in der Wartburgstadt Eisenach statt. Neben intensiver Diskussion über die aus gewerkschaftlicher Sicht zentralen Zukunftsfragen im Freistaat stand auch die Neuwahl der Landesleitung auf der Agenda.

Zur Landesvorsitzenden wurde Marion Illguth (KV Greiz) gewählt. Ihr zur Seite stehen

künftig Philipp Hein (KV Weimar), Peter Gierke (Landesverwaltung) und Carina Michalsky (KV Altenburger Land) als Stellvertreter. Im Amt des Schatzmeisters wurde Torsten Kummer (KV Weimar) bestätigt. Neu in die Landesleitung wurden Andreas Kohl (KV Weimar) und Christian Bürger (KV Erfurt) als Beisitzer gewählt.

Eine besondere Ehre wurde dem langjährigen Vorsitzenden der komba thüringen Burkhard Zamboni zuteil:



> Carina Michalsky, Burkhard Zamboni, Marion Illguth (von links)



> Marion Illguth und Mareike Klostermann (von links)



> Andreas Kohl, Marion Illguth, Christian Bürger (von links)



> Peter Gierke, Carina Michalsky, Philipp Hein, Marion Illguth (von links)

Zum Dank für seine Verdienste um die komba wählten ihn die Delegierten zum Ehrenvorsitzenden des Landesverbandes. Für ihr langjähriges Engagement wurde Erika Löpke (KV Greiz) mit der Ehrenmitgliedschaft ausgezeichnet.

Gäste des Gewerkschaftstages waren der tbb Vorsitzende Helmut Liebermann, der stellvertretende Vorsitzende der komba sachsen-anhalt, Dennis Ammey, sowie die komba Landesvorsitzenden Andreas

Hemsing (NRW) und Richard Tonius (Hessen).

Die Landesvorsitzende Marion Illguth kritisierte das Fernbleiben der Eisenacher Oberbürgermeisterin Wolf (Die Linke) und verband dies mit Kritik an der geplanten Gebietsreform der rot-rot-grünen Landesregierung. „Wer einen Landkreis auflöst, spart einen Landrat und seine Sekretärin, mehr nicht“, so Illguth.

Mareike Klostermann



© MEV

Technische und naturwissenschaftliche Fachverwaltung:

Fachkräftemangel im Freistaat Thüringen

Der Vorsitzende des BTB Thüringen, Frank Schönborn, hat unlängst eine Anfrage wegen des Fachkräftemangels in den technischen und naturwissenschaftlichen Fachverwaltungen in Thüringen an die Staatskanzlei gestellt. Die Antwort wird hier wiedergegeben.

Es ist ein zusammengefasster Überblick, damit wird eine Verdichtung und Vereinheitlichung erreicht. Es wurde auf quantifizierte Aussagen verzichtet, da diese nur eine Momentaussage ohne prognostische Relevanz darstellen.

1. Bereiche, in denen ein Fachkräftemangel festgestellt wurde (unterschiedlich gewichtet)

- > Hauptschwerpunkt des Fachkräftebedarfs im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik
- > Abschluss als Ingenieur, Naturwissenschaftler oder Techniker im nachgeordneten Polizeibereich
- > Fachkräfte für hochspezialisierte Bereiche wie Biologie/DNA-Analytik, Chemie, Physik, Mathematik et cetera sowie Sachverständige
- > Ärzte und Polizeiarzte mit entsprechender Facharztausbildung
- > Lehrernachwuchs im Bereich Naturwissenschaften
- > Absolventen des Informatik- oder Mathematikstudiengangs zur Umsetzung der umfangreichen gesetzlichen Fristen zur Einführung neuer

IT-Systeme bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften (elektronischer Rechtsverkehr, elektronische Gerichtsakte, elektronische Verwaltungsakte) sowie im Bereich des Sicherheitsmanagements

- > Qualifiziertes Personal für Arbeitssicherheit/Sicherheitsingenieur(in), Fachingenieur(in) Versorgungs-Gebäudetechnik, Techniker(in), Technische(r) Assistent(in), Laboringenieur(in), Ingenieur(in)
- > Fachkräfte im Bereich Vermessung/Geodäsie (Aber: Kooperation mit der Hochschule Anhalt als richtungsweisendes Projekt mittel-deutscher Zusammenarbeit zur Deckung des Fachkräftebedarfs im gehobenen vermessungstechnischen Dienst)

2. Weitere Ressorts, die für den Fachkräftemangel relevant sein können

- > Geringe Möglichkeit der Schaffung von zusätzlichen unbefristeten Stellen
- > Tarifrrechtliche Rahmenbedingungen; geringe Attraktivität des gehobenen Dienstes (E 10TV-L); wachsende

Schere zwischen den Tarifgeboten im öffentlichen Dienst und der besseren Gehaltsentwicklung in der freien Wirtschaft

- > Demografischer Wandel; steigende Zahl der Altersabgänge mit einer Zunahme der Nachbesetzungsbedarfe bei schwieriger Einstellungssituation (zum Beispiel nicht genügend geeignete Bewerber, Kündigungen nach kurzer Tätigkeitsdauer)
- > Abnahme der Zahl der Bewerber, insbesondere derer mit Berufserfahrung
- > Stark ausgeprägte Wettbewerbssituation innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie zu ebenfalls vom Fachkräftemangel betroffenen Unternehmen der Privatwirtschaft
- > Beförderungsquoten und bestehende Stellenobergrenzen mit negativer Auswirkung auf Motivationslage, Karriereplanung und Bindungsverhalten an den öffentlichen Dienst
- > Befristete Stellen (Elternzeitvertretungen, befristete Finanzierungsquellen, vorübergehender Personalbedarf)
- > Bessere individuell fachliche Entwicklungs- und Entfal-

tungsmöglichkeiten in der Privatwirtschaft

3. Vorteile des öffentlichen Dienstes bei der Suche nach Fachkräften im Vergleich zur Privatwirtschaft

- > berufliche und existenzielle Sicherheit sowie die Möglichkeit, Beruf und Familie zu vereinbaren, benannt.

4. Einschätzung der Landesregierung

Die grundsätzlichen Probleme werden vonseiten der Landesregierung gesehen, stellen aber ein bundesweit strukturelles Problem dar. Die Attraktivität im öffentlichen Dienst muss weiter verbessert werden, wobei die eingrenzenden Rahmenbedingungen, insbesondere finanzieller Art, bekannt sind.

Obwohl der von den Ressorts dargestellte Bedarf an Fachkräften in naturwissenschaftlichen und technischen Fachrichtungen, mit Schwerpunkt IT, derzeit nicht extrem hoch ausfällt, ist der Landesregierung bewusst, dass die zukünftige Nachbesetzung von Stellen vor allem wegen der demografischen Entwicklung ein wachsendes Problem darstellt.

Frank Schönborn,
Landesvorsitzender BTB

Philologenverband:

Studie zur realen Arbeitszeit der Lehrer

Erstmals wird 2018 in Thüringen die Arbeitszeit und die Belastung der Lehrkräfte an Gymnasien erfasst.

„Dieses Projekt ist etwas Besonderes“, so Heike Schimke, Vorsitzende des Thüringer Philologenverbandes (TPhV). „Es erfolgt nicht nur die Erfassung der Arbeitszeit der Lehrkräfte an Gymnasien, sondern auch die Untersuchung der Belastung. Zudem findet diese Untersuchung nicht nur in Thüringen statt, sondern bundesweit in allen 16 Bundesländern im ersten Quartal 2018.“

Der Untersuchungszeitraum in Thüringen liegt vom 19. Februar bis zum 18. März 2018. „Die Thüringer Philologen haben sich ganz bewusst für den Zeitraum nach den Halbjahreszeugnissen zur Erfassung entschieden“, so Schimke weiter. „Somit ist klar, dass die Messung der Belastung in einem ganz normalen Arbeitszyklus im Schuljahr erfolgt und nicht zu einem Hochbelastungszeitraum.“ Dies sei dem Thüringer Philologen wichtig. Denn sollte sich bereits in diesem Zeitraum zeigen, dass die Belastung und die Arbeitszeit der Gymnasiallehrkräfte über der durchschnittlichen Arbeitsbelastung im öffentlichen Dienst liegen, dann herrsche akute Handlungsnot.

Die Untersuchung sei dringend erforderlich, da in Thüringen die Belastung der Lehrkräfte seit 2012 durch zahlreiche neue Aufgaben noch einmal stark gestiegen sei. Dies werde durch eine Untersuchung der Lage in einem anderen Bundesland nicht abgebildet.

„Wir freuen uns, dass Ergebnisse der Göttinger Vergleichsanalyse von 20 Studien aus sechs Jahrzehnten zur Lehr-

kräftearbeitszeit – initiiert durch die GEW – die Notwendigkeit unserer Studie noch einmal unterstreichen: Hier wurde das Anwachsens der

Arbeitsbelastung von Lehrkräften in den letzten Jahrzehnten bestätigt. Wir rufen deshalb alle Gymnasiallehrkräfte in Thüringen auf, sich an der Ar-

beitszeitstudie zu beteiligen“, so Schimke abschließend.

*Heike Schimke,
Vorsitzende TPhV*



